



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Das Ministerium Ollivier.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Das Ministerium Ollivier.

× Der 3. Januar 1870 hat dem kaiserlichen Frankreich das parlamentarische Ministerium gebracht, das seit Wochen angekündigt war, aber erst nach langen Kämpfen, die am Hof wie in den Parteien ausgefochten wurden, das Licht des Tages erblickt hat. Während ein bevorstehender Ministerwechsel in Frankreich sonst das Signal zu allgemeinem Kampf der Wagen und Gefänge abgab und auf jedes Portefeuille mindestens ein halbes Duzend Bewerber kam, hat es dieses Mal schwer gehalten, die Führer des linken Centrums für den Eintritt in ein Cabinet zugewinnen, das längst durch die Gewalt der Umstände indicirt war.

Ueber das Programm der neuen Lenker von Frankreichs Geschicken ist jeder Zweifel ausgeschlossen: Friede nach Außen, Versöhnung der Freiheit mit dem Kaiserthum nach Innen — maßvolle Reform auf dem Gebiet der Verwaltung, mannhafter Widerstand gegen die Lakaien in den Tuileries und im Clubb d'Arcade, Entwaffnung der radicalen Schreier auf der Gasse und auf der Tribüne, Befestigung der constitutionellen Ordnung, die dem jungen Geschlecht als völlig Fremde entgegentritt, deren Traditionen selbst den „alten Parteien“ ziemlich gründlich abhanden gekommen sind.

In ganz Europa sind alle verständigen Leute, von den Neu-Conservativen und Altliberalen bis in die zurechnungsfähigen Schichten der Demokratie hinein, über die Möglichkeit dieser Ziele einig. Aber über die Erreichbarkeit derselben auf dem beschrittenen Wege gehen die Meinungen schon gegenwärtig weit auseinander. Die liberale Presse (im engeren Sinne des Wortes) spricht sich im Allgemeinen zufrieden aus und gibt den Herren Ollivier, Daru, Chevandier, Ségris, M. Richard u. s. w. ihre besten Segenswünsche auf den Weg. Das kaiserliche Decret an den gegenwärtigen Großsiegelbewahrer, Justiz- und Cultusminister ist ein Musterstück constitutioneller Correctheit, das neue Ministerium erscheint in Wahrheit als Ausdruck der parlamentarischen Majorität, ja die in das Cabinet berufenen Männer des linken Centrums bieten sogar Bürgschaften dafür, daß auch die Wünsche und Forderungen der vorgeschritteneren Liberalen Beachtung finden werden! Mehr kann von dem Kaiser, der noch vor Kurzem absoluter Herrscher, Vertreter des persönlichen Regiments und aller seiner Konsequenzen war, nicht verlangt werden, er hat

Grenzboten I. 1870. 6

das Mögliche gethan und bewiesen, daß er seine Zeit, daß er die Lage Frankreichs versteht. An den Franzosen ist es jetzt, sich der Segnungen der Freiheit und des kaiserlichen Vertrauens würdig zu beweisen, das constitutionelle System durch maßvolle Benutzung der errungenen Rechte zu befestigen und der Welt zu beweisen, daß die Alternative: Krieg oder innere Freiheit nicht mehr besteht.

So lautet im Großen und Ganzen das Urtheil der liberalen Partei, die Meinung der Männer, welche die richtige Mitte zwischen Despotismus und Anarchie zu vertreten glauben. Weil den äußeren Forderungen und Bedingungen der constitutionellen Doctrin genug gethan worden ist, erklären sie sich befriedigt, glauben sie auf eine erspriessliche Entwicklung des constitutionellen Systems in Frankreich rechnen zu können. Der Kaiser hat seine Bereitwilligkeit zum Gehorsam gegen die Volkswünsche ausgesprochen, an der Volksvertretung ist es, ein Uebrigcs zu thun, über die zweifelhaften Umstände hinwegzusehen, welche ihre Entstehung bedingten und auf dem einmal vorhandenen Fundament weiter zu bauen. — Anders urtheilen die Organe der Demokratie. Ihrer Meinung nach sind die Bedingungen eines parlamentarischen guten Gewissens noch nicht erfüllt. Denn das Ministerium Olivier repräsentirt nur die Majorität einer aus unfreien und corruptirten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung. Auf eine heilsame Zukunft Frankreichs glaubt man von dieser Seite nur rechnen zu können (englische Blätter haben diese Meinung unterstützt), wenn das gegenwärtige Corps législatif aufgelöst und eine Neuwahl ausgeschrieben wird, von welcher Präfecten, Mair's und officiële Candidaten sich fern halten. Olivier — so wird weiter geurtheilt — ist ein Halber, er hat mit dem Constitutionalismus nicht Ernst gemacht, er will zwischen dem alten und dem neuen System vermitteln und behält eine Kammer bei, die vor dem liberalen Gewissen nicht bestehen kann. Darum wird und muß er Fiasko machen und Frankreich wird erst befriedigt sein, wenn ganze Liberale an seine Spitze treten und von keiner andern Majorität wissen wollen, als der einer frei gewählten Kammer.

Der neuen Regierung Napoleons III. ein sicheres Horoskop zu stellen, vermag schwerlich irgend Jemand in Europa. Das aber läßt sich mit Gewißheit sagen, daß die Argumente für und wider, welche wir oben zusammengestellt haben, dem Wesen der Sache gleich fern bleiben und daß nur der unbelehrbare Doctrinariismus annehmen kann, die Zukunft Frankreichs werde davon abhängig sein, ob die Forderungen des constitutionellen Katechismus ganz oder nur zur Hälfte, bis auf den letzten Buchstaben oder nur dem Geiste nach erfüllt sind. Für die Schwierigkeiten, welche Olivier und Genossen zu überwinden haben und an denen sie, wie auch wir glauben, scheitern müssen, ist es vollständig gleichgiltig, ob sie halbe oder entschiedene

Liberalen sind und ob das gegenwärtige Corps législatif für eine ächte oder für eine gefälschte Volksvertretung anzusehen ist.

Die Schwierigkeiten, welche es zu überwinden gilt, haben mit dem parlamentarischen System im engeren Sinne überhaupt nichts zu thun. Seit 80 Jahren besteht in Frankreich ein Verwaltungssystem, welches der Entwicklung des Constitutionalismus so feindlich ist, wie kaum ein anderes in Europa. Die Verwaltung des Landes ruht in den Händen einer Bureaucratie, welche alle Gebiete des öffentlichen Lebens despotisch beherrscht, in der Gemeinde wie im Departement jede selbständige Lebensregung unmöglich macht und einzig dem Drucke gehorcht, den die leitenden Hände im Tuilerien-Palais und in den ministeriellen Bureaux ausüben. Was vermag einem so fest gegliederten, so tief gewurzelten Beamtenstaat einem so unumschränkt maßgebenden Verwaltungsrecht gegenüber die liberalste parlamentarische Verfassung?

Daß das gegenwärtige bureaukratische Verwaltungssystem Frankreichs, schon weil es jede Selbständigkeit der untern und mittleren Kreise des Staatslebens absolut unmöglich, jede Lebensregung von der Bureaucratie abhängig macht, als Negation jedes wirklichen Constitutionalismus angesehen werden muß, steht ebenso zweifellos fest wie, daß in Frankreich Niemand daran denkt, die Allmacht dieses Systems zu brechen oder auch nur abzuschwächen. Nachdem diese einfache Wahrheit von tiefer blickenden Deutschen und Franzosen (wir brauchen nur die Namen Tocqueville und Heinrich von Treitschke zu nennen) aufs evidenteste nachgewiesen worden, ist unserer Meinung nach jeder Streit über dieselbe ausgeschlossen und können nur noch Doctrinäre darüber discutiren, ob das gegenwärtige Corps législatif oder erst ein neugewähltes im Stande wäre, das Kaiserthum mit dem Parlamentarismus zu versöhnen. Merkwürdig genug, daß es trotz der Erfahrungen der letzten 20 Jahre diesseit wie jenseit des Rheins noch immer Leute gibt, welche unbeirrt an den Traditionen des vormärzlichen Liberalismus festhalten und immer noch übersehen, daß die constitutionelle Freiheit eines entsprechenden Verwaltungssystems ebenso wenig entmischen kann, wie einer charte, welche die Theilnahme der Volksvertretung an der Centralregierung sicher stellt.

Aber selbst abgesehen von der allgemeinen Natur der französischen Dinge, liegen zahlreiche Gründe vor, welche dagegen sprechen, daß dem zweiten Kaiserthum die Erreichung des Zieles gelingen könne, nach welchem Ludwig XVIII. und die Julidynastie vergeblich gestrebt haben. Napoleon III., stützt sich auf ein Heer, welches stärker, dynastischer und einflußreicher ist als die Armeen, welche die letzten französischen Könige durch ihre Generale commandiren ließen. So lange er sich auf diese Armee stützen kann, wird es nicht an Leuten fehlen, die Neigung und Energie reichlich genug besitzen, um der Volksvertretung die Waage zu halten. Und diese Armee ist nicht die einzige

natürliche Feindin der Staatsform, welche begründet werden soll. Die Arbeiter und Bauern, welche ihre Stimmen zur Verwandlung der Republik in das Kaiserreich hergaben, haben schwerlich ihre Meinung darüber verändert, daß ihren Interessen am besten durch ein Bündniß zwischen dem selbstherrlichen Herrscher und den Massen gedient ist. In ihrer Majorität denken sie von dem Regiment der Mittelclassen und ihrer Stimmführer grade so ungünstig wie vor zwanzig Jahren. Die socialistischen Tendenzen, welche in der Arbeiterbevölkerung der großen Städte herrschen, haben an den Männern des Liberalismus sehr viel entschiedenere Gegner als an dem Kaiser, der sich zur Lösung der socialen Frage anheischig gemacht hat, und sind sich des Gegensatzes zu der Partei, welche nunmehr in die Herrschaft treten soll, sehr genau bewußt. Die Bauern sind in den meisten Gegenden des Reichs von ultramontanen Bischöfen und Priestern abhängig und selbst bei einem großen Theil der Bourgeoisie wird es nur energischer Drohungen mit dem rothen Gespenst bedürfen, um dem persönlichen Herrscher zahlreiche unzuverlässig gewordene Freunde und Anhänger wieder zu gewinnen.

Nimmt man zu dem Allen, daß 21jährige Unfreiheit die Franzosen um alle ihre parlamentarischen Gewohnheiten gebracht hat, daß es eigentlich allen Parteien an zuverlässigen und anerkannten Führern fehlt, daß endlich keinerlei Bürgschaften für die Charakterfestigkeit und Energie der neuen Minister vorliegen und daß selbst Olivier von den Irrthümern und Vorurtheilen des französischen Liberalismus keineswegs frei ist, so wird es unmöglich sein, sich irgend welchen Illusionen über die Zukunft des neuen parlamentarischen Cabinets, ja des französischen Parlamentarismus überhaupt hinzugeben. Mag bei der herrschenden Stimmung die durch das Verwaltungssystem begünstigte reactionäre Gefahr auch im Abnehmen sein, so werden dadurch wohl die Chancen der Revolution, aber nicht die der Freiheit erhöht. Die Mehrzahl der Anhänger des gegenwärtigen Systems erscheint sehr viel geeigneter zum Radicalismus abzufallen, als in die Reihen der Vertheidiger älterer Freiheit zu treten.

So bleibt die Zukunft Frankreichs auch unter dem Ministerium Olivier zweifelhaft und unsicher. Wir Deutschen müssen uns einstweilen daran genügen lassen, daß dasselbe den Frieden will und in seinem hervorragendsten Mitgliede das Selbstbestimmungsrecht Deutschlands anerkennt. Vermag der neue Großiegelbewahrer sich auch nur eine Zeit lang an der Spitze der Geschäfte zu behaupten, so läßt sich hoffen, daß verständige Einsicht in das Wesen der deutschen Dinge auch bei der Masse der Franzosen Wurzel schlagen werde. In diesem Sinne haben wir allen Grund, mit der neuesten Wendung in Frankreich zufrieden zu sein.